

Verbilligungsaktion und Wirtschaftsdiktatur.

Man kann mit Kanonen nach Spanien schießen. Aber es ist auch möglich, daß man mit Erben nach Armeen und Festungen schießt. Diesen Eindruck hat man, wenn man die Verbilligungsaktion näher betrachtet, die der Reichsfangler Luther für den 1. Oktober angedeutet hat. Das Kabinett hat jüngst stundenlang beisammengesessen, um sich über die Mittel zur Wilderung der Teuerung zu unterhalten. Raus ist dabei so gut wie gar nichts gekommen. Man hat sich die Unternehmerverbände herangeholt und sie ermahnt, in der Preisüberlegung Maß zu halten. Man will auch auf die Gewerkschaften einwirken, damit diese ihre Lohnforderungen zurückstellen. Diese Einwirkungen auf die Gewerkschaften sind sicherlich ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt.

Mit welchen Mitteln will nun die Regierung den Kampf gegen die Teuerung führen? Man hat erklärt, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer unbedingt zur Preislenkung benutzt werden muß. Dies ist eine Maßnahme, die sich ganz von selbst verstehen sollte. Als aber die Umsatzsteuer vor einigen Monaten von 2 auf 1½ Proz. herabgesetzt wurde, da hat man an den Preisen nichts gemerkt. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer um ½ Proz. bedeutet aber eine Summe von 500 Millionen Goldmark. Um diese Summe sind die breiten Schichten der Verbraucher einfach von den Unternehmern und Händlern geprellt worden. Die Regierung hat das nicht verhindert und ihre Pflicht nicht getan. Wenn sie sich jetzt auf diese Pflicht besinnt, ist es die allerhöchste Zeit. Allerdings bezweifeln wir, daß sie in ihrem Kampfe Erfolg haben wird. Dasselbe gilt für das Bestreben der Regierung, die beschlossenen Zölle nicht in voller Höhe in Kraft treten zu lassen. Die Zölle werden noch im Herbst dieses Jahres wirksam. Bis dahin verlor sich die Unternehmer aber, wie unsere Handelsbilanz beweist, mit einer Fülle von Rohstoffen, die noch nicht mit den erhöhten Zöllen belastet sind. Trotzdem sieht man allenthalben, daß der erhöhte Zoll bereits mit in den Preisen einkalkuliert ist. Man braucht sich also nicht wundern, wenn die Preise steigen.

Die Frage ist hier die, wie die Reichsregierung die volle Ausschöpfung des Volkes verhindern will. Darüber herrschen in Regierungskreisen durchaus nebelhafte Vorstellungen. Man hat dieses und jenes vorgeschlagen und neben unbrauchbaren Maßnahmen brauchbare Maßnahmen, wie z. B. die schärfere Anwendung der Kartellverordnung, Durchführung einer Käuferkontrolle durch Veröffentlichung der Großhandels- und Kleinhandelspreise in den Zeitungen, Senkung der Fleischpreise durch Verkauf der Geflügelfleischkontingente, angeregt. Aber leider fehlt allenthalben der Mut, ernstlich etwas gegen das Unternehmer- und Händlerium zu tun. Das ist ganz natürlich, denn die gegenwärtige Regierung ist ja die Regierung des Unternehmertums, ist ihr eigen Fleisch und Blut.

Produktion und Handel haben denn auch die Ankündigung der Lutherischen Verbilligungsaktion ohne Erregung hingenommen. Sie halten die ganze Verbilligungsaktion für saulen Zauber. Dabei betrachteten diese Kreise die durch den Zolltarif geschaffene Lage höchst richtig und entsprechend ihrem kapitalistischen Standpunkt. Sie wissen ganz genau, daß die in den letzten Jahren bemerkbar gewordene Teuerung durchaus auf psychologischen Ursachen beruht. Jeder fürchtet den Zoll. Jeder kauft an Rohstoffen und Waren ein, was er bekommen kann und zahlt und fordert entsprechende Preise. Es ist gerade so wie zur Zeit der großen Inflation, wo der Verkäufer jeden Preis fordern konnte, weil ihn der Käufer in dumpfem Fatalismus zahlte. Die gegenwärtige Teuerung ist so eine unechte Teuerung, eine Teuerung ohne wirklich vorliegende Ursachen. Anders wird es diesen Herbst, wenn die neuen Zölle als Verteuerungsfaktoren wirklich in Erscheinung treten. Dann beginnt erst die echte Teuerung. Das sieht das deutsche Unternehmertum und der deutsche Handel sehr wohl ein. Mit diesem Augenblick rechnen sie. Auf ihn richten sie ihre Maßnahmen.

Zu guter Letzt handelt es sich darum, wer die Kosten für die Zollpolitik bezahlt. Geht die Arbeiterschaft eine Lohnerböhung durch, wehrt sie also die Folgen der Zollpolitik ab, dann wird das Unternehmertum und der Handel einen

Teil der Kosten tragen müssen. Das bedeutet Beschneidung der Unternehmerrgewinne. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt. Die Steuer- und Zollpolitik der Regierung hat nicht nur die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erregt, sondern auch jene Hunderttausende „widrigemacht“, die bei den letzten Wahlen für die Brotkräuter und Fleischverteurer gestimmt haben. Man weiß, daß sich diese Massen die Abwälzung der Kosten der Zollpolitik ausschließlich auf ihre Schultern nicht widerstandslos gefallen lassen werden. Diesen Widerstand will man brechen.

Welche Mittel hat man dafür in Aussicht genommen? Schon seit Wochen ist die kapitalistische Presse am Werk, Stimmung für eine Wirtschaftsdiktatur zu machen, sei es in Form von neuen Ermächtigungsgesetzen, sei es in Form eines Abbaues der Rechte der Volksvertretung. Hinter der Pressepropaganda stehen Leute vom Schlage der Leiter des verachteten Sinnes-Kongress. Immer wieder wird über die Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung, durch die hohen Löhne, durch den Achtstundentag und durch die Eingriffe einer angeblich von den Gewerkschaften gestützten unfähigen staatlichen Wirtschaftsbureaucratie geklagt. Immer wieder stellt man diese Maßnahmen als Eingriffe in die Wirtschaft hin, die unterbleiben müßten, wenn die Wirtschaft saniert werden soll. Daran knüpft man die Schlussfolgerung, daß dieses unter dem gegenwärtigen parlamentarischen System nicht möglich sei und nur die Wirtschaftsdiktatur eine Senkung der Preise bringen könne.

Wie man sich aber die Senkung der Preise vorstellt, darüber hat man sich auch schon geäußert. Das entsprechende Programm sieht u. a. Verlängerung der Arbeitszeit, ein Streikverbot bzw. Beseitigung des Schlichtungsverfahrens und eine entsprechende Lohnreduktion vor.

Das ist die Preislenkung, wie sie das deutsche Unternehmertum will. Diese Preislenkung bedeutet aber nichts anderes als eine weitere Belastung der Arbeiterschaft, als die einseitige Abwälzung der Liebesgaben — Steuer- und Zollbelastung — auf die Schultern der Verbraucher, die brutale Verhinderung einer notwendigen Ausgleichung der Löhne an die tatsächliche Teuerung. Das hat die Arbeiterschaft in Zukunft im Auge zu behalten. Sie darf sich durch Märgen, wie die Lutherische Verbilligungsaktion, nicht über den wahren Stand der Dinge täuschen lassen, wie sie auch die schönen Gesänge von der Wirtschaftsdiktatur glatt ablehnen muß. Denn das parlamentarische System in der deutschen Republik gibt Arbeitern und Verbrauchern die Möglichkeit, politischen Einfluß und politische Macht zu gewinnen. Erst im Besitz dieser politischen Machtmittel wird die Arbeiterschaft den neuen Kurs in der Wirtschaftspolitik bestimmen können. Erst der siegreiche Kampf gegen die Wirtschaftsdiktatoren wird es ermöglichen, daß man der beachtlichen Profitdiktatur soziale Gerechtigkeit gegenüberstellt.

Die Entwicklung der deutschen Papierausfuhr.

Papier ist eine jener wenigen Waren, deren Nachkriegsausfuhr größer ist als der Export in Vorkriegszeiten. An Papier und Papierwaren sind im Monatsdurchschnitt 1913 286 800 Doppelzentner exportiert worden; im Monatsdurchschnitt der Jahre 1922 und 1924 war die Ausfuhrmenge auf 491 400 bzw. 454 600 Doppelzentner gestiegen.

Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als sich unsere Rohstoffbasis gegenüber 1913 infolge der Gebietsabtretungen im Osten und Westen des Reiches vermindert hat und als auch die Anzahl der Fabriken zurückgegangen ist. Die Papierindustrie hat sich jedoch, wie in den „Weltwirtschaftlichen Nachrichten“ ausgeführt wird, durch Rationalisierung ihrer Betriebsmethoden insoweit gehoben, an dem nach sachverständiger Schätzung in zehn Jahren um 4 Millionen Tonnen auf 14 Millionen Tonnen gestiegenen Weltkonsum an Papier einen angemessenen Anteil sich zu sichern. Der Holz- und Fasertstoffexport Deutschlands, der auch heute erheblich größer ist als die Einfuhr, hat dagegen die Vorkriegsmenge noch nicht wieder erreicht, obgleich dem Verlust auf den

europäischen Absatzmärkten in England, Frankreich und Italien eine Ausfuhrsteigerung nach der amerikanischen Union gegenübersteht.

Die fertigen Waren der Papierindustrie, allen voran Kartpapier, Druckpapier und Schreibpapier, haben im allgemeinen als Ausführartikel an Bedeutung gewonnen. Der deutsche Papierexport ging immer zu seinem größten Teile nach Großbritannien, er betrug in den fünf Monaten des Jahres 1913 und in dem entsprechenden Zeitraum der Jahre 1924 und 1925 135 500 Doppelzentner, 168 650 und 178 671 Doppelzentner. Die Ausfuhr nach den Niederlanden ist von 29 000 Doppelzentnern auf 64 000 und 86 529 Doppelzentner gestiegen. In der Druckpapieraufsuhr spielen außer den beiden oben genannten Ländern vor allem südamerikanische Staaten eine bedeutende Rolle. Auch die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, nach Italien, Spanien, Frankreich, Dänemark ist erheblich größer als in den Vorkriegszeiten, während der Export nach Großbritannien, Japan und China nach den Zahlen der deutschen Handelsstatistik zurückgegangen ist. Im allgemeinen darf gesagt werden, daß Deutschland seine Absatzgebiete in Schreib- und Briefpapier nicht nur behauptet hat, sondern trotz des Krieges und trotz der Konkurrenz Kanadas neue Märkte vornehmlich in Südamerika hinzugewonnen hat. Ungünstiger liegen die Verhältnisse im Export von Papierwaren, so Schreib- und Briefpapier, feinen Briefumschlägen, photographischem Papier. In diesen Artikeln sind der deutschen Papierindustrie vornehmlich der englische und westeuropäische Markt verlorengegangen. — In der Bilanz des deutschen Außenhandels steht der Papierexport an vierter Stelle der Ausfuhr über sich hinauf.

(„Wochenblatt für Pappen- und Papierverarbeitung.“)

Postkartengrößen.

Da anscheinend noch immer Unklarheit über die zulässige Größe der Postkarten besteht, wiederholt die Berliner Industrie- und Handelskammer in ihren „Mitteilungen“ nochmals die hierfür geltenden und am 1. Oktober 1925 in Kraft tretenden Bestimmungen:

Im Inlandsverkehr gelten seit dem 1. Juli 1925 als amtliche Postkartengröße die Maße 14,8 : 10,5 Zentimeter. Die nicht von der Post bezogenen Postkarten sind bis auf weiteres in der bisherigen Größe von 15,7 : 10,7 Zentimeter zugelassen.

Für den Auslandsverkehr gelten vom 1. Oktober 1925 ab ebenfalls die Normgrößen 14,8 : 10,5 Zentimeter.

Hiernach kann nur empfohlen werden, bei Neuananschaffung von Postkarten sogleich einheitlich das Maß von 14,8 : 10,5 Millimeter zugrunde zu legen.

Zurzeit ergibt sich für die Auslieferung von Postkarten zur Post folgendes Bild:

Inlandsverkehr. 1. Amtliche Maße: 14,8 : 10,5 Zentimeter. 2. Nichtamtliche Karten, bis auf weiteres zulässig: 15,7 : 10,7 Zentimeter. Auslandsverkehr. Allgemein: 14,8 : 10,5 Zentimeter, aber vom 1. Oktober 1925 ab: 14,8 : 10,5 Zentimeter.

Ausnahme. Die Inlandsgröße gilt vorläufig noch für den Verkehr mit Freie Stadt Danzig, Vitauen und Memelgebiet, Oesterreich und Tschechoslowakei. Für Ungarn gilt schon jetzt die Größe von 14,8 : 10,5 Zentimeter.

Postkarten mit größeren Abmessungen als 15,0 : 10,5 Zentimeter. Unter dem 11. August erläßt die Reichspostverwaltung eine Verfügung, in der gesagt wird, daß nach den Beschlüssen des Weltpostkongresses in Stockholm 1924 die Postverwaltungen der Vereinstländer die in ihrem inneren Betrieb etwa noch zugelassenen Postkarten mit größeren Abmessungen als 15,0 : 10,5 Zentimeter innerhalb einer Frist von zwei Jahren abschaffen müssen. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß sich im Handel größere Bestände von Postkarten befinden, die der Forderung hinsichtlich der Größenabmessungen nicht Genüge leisten, werden im inneren deutschen Verkehr die nicht von der Post bezogenen Postkarten mit den jetzt geltenden Höchstabmessungen 15,7 : 10,7 Zentimeter noch bis zum 30. September 1927 zur Postbeförderung zugelassen. Auf die Hersteller von Postkarten soll jedoch bei jeder sich bietenden Gelegenheit dahin eingewirkt werden, daß sie neue Karten nur in der vom 1. Oktober 1925 an für die amtlich ausgegebenen Postkarten vorgesehenen Normgröße (14,8 : 10,5 cm) anfertigen.

Heim und Arbeitsstätte.

Von Dr. Gustav Hoffmann.

I.

Der Verfasser dieser Abhandlung hat an einer städtebaulichen Studienreise der Deutschen Gartenstadigesellschaft durch Holland und England teilgenommen und legt im folgenden seine Eindrücke davon nieder.

Das Wohnungselend unserer Zeit und die widersinnige Zusammenballung von Menschen auf engem Raum ist eine natürliche Folgeerscheinung des Kapitalismus. Mit der Konzentration des Kapitals wuchs der Bedarf an Menschenmassen. Durch die Industrialisierung wurde die Stadt, der Industriebezirk zum Plage des zusammengewühlten Proletariats. Darum datiert die eigentliche Großstadtentwicklung seit Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, d. h. seit der Zeit, in der der Kapitalismus bei uns sein Haupt zu erheben begann.

Wie somit in der ganzen Entwicklung enge Beziehungen bestanden zwischen Wirtschaft und Städtebau, so ist auch eine endgültige Lösung des Städtebauproblems nicht möglich ohne eine entsprechende Beeinflussung und Einsetzung der Wirtschaft. Der Mensch ist mit seiner Wohnung auf seine Arbeitsstätte angewiesen. Er ist damit in der Befestigung seines Wohnwesens gebunden, und solange der Kapitalismus einseitig seine Profitinteressen vertritt und sich ohne Rücksicht auf das Wohnbedürfnis entfaltet, wird die Stadt Produktionsstadt bleiben, neben der die Wohnstadt eine untergeordnete Rolle spielt.

Wohl hat die Entwicklung die Menschen aus dem alten Stadtkern längst herausgebrängt. Viele Menschen wohnen bereits im Kranze um die alte Stadt. Aber auch da beherrscht in deutschen Städten das Stockwerkhaus das Feld. Die Spezifikation hat den Boden in Besitz genommen. Sie nutzt ihn durch Mietkasernen wucherisch aus und sie hat den Preis für den Boden so verteuert, daß ein Heim, eine Wohnung in Grün und Sonne, nur wenigen Glücklichen möglich ist. Die Gartenvorstadt ist keine endgültige Lösung des Wohnungsproblems. Doch bedeutet sie für den Augenblick ein Stück der Lösung der Wohnungsfrage. Aber wenn die Wohnungsfrage auch auf diesem Teilgebiete eine Lösung finden soll, dann muß vor allem der profitierigeren Privatwirtschaft die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer niedrigen Instinkte genommen werden.

Was auf diesem Gebiete geleistet werden kann, das zeigen uns die großartigen Leistungen, die Holland und England aufzuweisen haben. Da ist in der holländischen Provinz Limburg in gar nicht langen Jahren um die neuen Staatszeden Emma und Hendrik ein Siedlungsgebiet entstanden, das 30 000 Arbeitern mit Familien, d. h. im ganzen 165 000 Menschen, in Einfamilienhäusern mit Garten Wohnung bietet. Staat und Kommunen haben die Häuser geschaffen. Auch mehrere Ledigenheime wurden errichtet. Die Miete darf nach den Regierungsbestimmungen nie mehr als $\frac{1}{2}$ des Einkommens betragen. Statistische Erhebungen über die gesundheitliche Bedeutung dieser vorbildlichen Tat fehlen noch, doch spricht die Tatsache in gewisser Weise eine bezeichnende Sprache, daß die Zahl der Geburten in der Provinz Limburg 31,2 auf 1000 Einwohner ist, während der Durchschnitt in Holland nur 24,9 beträgt. Außer den Einfamilienhäusern wurden 4 (!) Kirchen, 3 Schulen, 2 Kleinkinderschulen, 1 Kasino, 13 Läden, 2 Postämter, 2 Feuerwehrgelände und 2 Kranfenspiegelsgebäude errichtet. Die Gründung bedeutet also die Schaffung einer gesundheitslich einwandfreien, neuen Stadt, der Einwohnerzahl nach einer Großstadt, doch so groß angelegt und weit gedeht, daß nur eine mehrstündige Autofahrt aus einem Lieberblick über diese großartige soziale städtebauliche Leistung geben konnte.

Als wir auf unserer Fahrt in Erinnerung an die oben Proletariatswohnstraßen in deutschen Industriebezirken diese weiten und freundlichen gesunden Wohnanlagen sahen, da wurden wir in der Ueberzeugung gestärkt, daß solche Wohnungskultur auch eine Menschenkultur zur notwendigen Folge hat und unser holländischer Führer konnte uns den günstigen kulturellen Einfluß dieses Wohnwesens auch nur bestätigen. Das Bedürfnis nach Alkohol

z. B. ist in diesem Bezirk nicht so vorhanden wie in Industriebetrieben Deutschlands, und dieser Zustand wird im Gegensatz zum deutschen Unternehmertum von den holländischen Staatszeden bewußt gefördert. An den Ausgängen der Zedenanlagen sind Schankstätten, in denen für 5 Pf. ein Glas Milch verabreicht wird. Ohne Zweifel wurde dieser Gedanke des Milchschanks vor seiner Verwirklichung verspottet und als praktisch aussichtslos hingestellt. Die Erfahrung hat aber das Gegenteil gelehrt. Die Milchausgaben werden allgemein benutzt. Daß der Arbeiter nach Verlassen der Grube Durst hat, ist eine ganz natürliche Erscheinung. Hier wird dieses natürliche Bedürfnis in verständnisvoller Weise bewußt in gesunde Bahnen gelenkt, während der deutsche Arbeiter fast allgemein durch die nächste Kneipe dem Alkoholkapital überlassen ist. In welcher wesentlicher Weise das Wohnungsweien das Alkoholbedürfnis herabsetzt, zeigen uns später auch englische Gartenstädte, in denen sich die Gemeinde durch Abstimmung gegen die Errichtung von Alkoholgaststätten ausgesprochen hat. Bei Tisch fanden wir vor uns Krüge mit erfrischendem Zitronenwasser. Die Alkoholfrage ist keine Moralfrage, sondern ein soziales Gestaltungsproblem.

Aber auch große Städte, wie Amsterdam und Rotterdam, haben auf dem Wohnungsgebiete Hervorragendes geleistet, wie überhaupt kein Land während des Krieges und nach dem Kriege so viel wie Holland gebaut hat. In großem Kreise führen wir um die Städte und überall durch neue Wohnbezirke, ja ganz neue Stadtanlagen. Hat doch Amsterdam in den Jahren 1910 bis zum 1. Juni 1925 46 317 Wohnungen geschaffen. Besonders viele Wohnungen nach dem Kriege, 1922 z. B. 6000, 1923 5000 und 1924 7000. Ein ähnliches prozentuales Verhältnis finden wir in Rotterdam. Eine ganze Vorstadt, Breda, mit 9000 Einwohnern, die nur in Einfamilienhäusern ihr Heim haben, ist da in kurzer Zeit aus der Erde gewachsen. Aber diese Leistungen sind entstanden durch die kommunale Initiative. Kommunale Siedlungen erblühten neben den Siedlungen von Baugenossenschaften und nur dieser kommunalen Initiative, die das Privatinteresse bei der Wohnungsgestaltung nicht zuließ, ist es zu danken, daß da jetzt viele Tausende in schönen Einfamilienhäusern mit Garten untergebracht sind.

Der Reichszankler zur Arbeiterfrage.

Der Reichszankler Dr. Luther hat der Weltkirchenkonferenz in Stockholm eine Rede gehalten, die dort verlesen wurde. Es ist erstaunlich, wie groß und anziehend die Arbeiterfrage ist. Sie vermag alle Denker mehr oder weniger in ihren Bann zu ziehen. So ist es denn kein Wunder, daß der Reichszankler sich ebenfalls von dieser Frage angezogen fühlte und er zu seiner Weltkirchenpredigt kein anderes Thema als eben dieses ansetzte. Er schrieb:

„In der Großwirtschaft sind die einzelnen Arbeiter, sowohl die Handarbeiter wie in der großen Mehrzahl auch die Kopfarbeiter, in doppelter Weise anders gestellt als früher, ich möchte sagen: in doppelter Weise vereinsamt. Erstens ist ein großer Teil der Arbeiter losgelöst vom Endergebnis der Arbeit. Der einzelne ist nur noch ein Glied in einer für ihn meist unübersehbaren Kette des gesamten wirtschaftlichen Entschlussesvorganges. Dadurch ist im inneren Leben vieler Arbeiter die Grundlage seelischer Liebe zur Arbeit erschüttert... Zweitens ist im Großbetrieb der Arbeitnehmer im Regelfall jetzt auch ohne innere Beziehung zum Arbeitgeber, einfach, weil die Zahl der Arbeiter im Verhältnis zum Arbeitgeber dafür viel zu groß ist. Ueberdies ist der Arbeitgeber vielfach ein juristisches Gebilde, wodurch die Entpersönlichung der Beziehungen noch deutlicher wird... Der Fortfall engerer menschlicher Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Verbindung mit der ebenfalls durch die Besamtenentwicklung gegebenen Unsicherheit des Brotverdienstes hat den Zusammenstoß der Arbeiter in den gewerkschaftlichen Organisationen, hat in vielen Fällen besondere soziale Leistungen der

Unternehmer und hat vor allem die ganze Fülle der öffentlichen sozialen Maßnahmen hervorgerufen... Wo sich die allgemeine Demokratie schon vorfand, wo die Großwirtschaft entscheidend in das Leben der Menschheit eingriff, konnte sehr wohl das Vorhandensein weitgehender politischer Rechte sich als ein gewisser Ausgleich für die sozialen Gefahren der Großwirtschaft erweisen, während umgekehrt der geringere Ausbau politischer Rechte der einzelnen die ganze Stoßkraft der neuen Verhältnisse auf die sozialen Lösungen drängte. Ist solche Betrachtungsweise richtig, so muß man folgern, daß in großem Ausmaß an die Stelle früherer menschlicher Beziehungen des Arbeiters zu seinem Arbeitsergebnis und zu seinem Arbeitgeber neue große politische und besonders soziale Formen getreten sind. Dieser Ertrag bezieht sich indessen nur auf die äußere Seite der früher allgemein innigeren Beziehungen. Er bietet keinen Ausgleich für die ungemaine Kraft der Liebe, die früher in den erwähnten Verhältnissen lebendig war.

Man wird hier vergebens eine gründliche Tiefe in der Problemstellung der Arbeiterfrage suchen. Die verkessene Rede unseres Reichszanklers zeichnet sich im Gegenteil durch reichlich viele Blattheiten aus. Die Arbeit ist im kapitalistischen Großbetrieb zur seelenlosen Beschäftigung geworden. Die Liebe zum Arbeitsergebnis ist längst erloschen. Das nackte und kalte Band der baren Zahlung ist vielfach das einzige, was den Arbeiter mit seinem Unternehmer verbindet. Wenn dies auch Dr. Luther erkannt hat, um so besser. Darum begrüßen wir es, daß Herr Luther sich mit der Arbeiterfrage überhaupt beschäftigt. Nur darf man hier wohl etwas Konsequenz erwarten. Wenn jemand zu der Erkenntnis gekommen ist, daß der Arbeiter in der Großwirtschaft sich vereinsamt fühlt und die Liebe zur Arbeit verloren hat, dann erwartet man von einem solchen Mann, daß er, wo er auch stehen möge, das Los des vereinsamten Arbeiters zu mildern sucht. Und wenn nun ein solcher Mann oben drein noch Reichszankler ist und das Staatsruder eines so großen Landes wie Deutschland in der Hand hat, dann erwartet man nicht nur Worte, sondern auch Taten. Diese haben wir jedoch vergebens gesucht. Noch in den letzten Wochen und Monaten hat es der Reichszankler nicht daran fehlen lassen, die Arbeiterklasse mit großen Lasten zu bepacken und somit ihr Los noch erschweren. Wenn man national nicht in dem Geruch eines Arbeiterfreundes steht, dann soll man sich vor dem internationalen Forum eines Weltkirchenkongresses nicht als solcher aufstellen.

„Der Fortfall engerer menschlicher Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer... hat den Zusammenstoß der Arbeiter in den gewerkschaftlichen Organisationen hervorgerufen.“ Sehr richtig, Herr Reichszankler, so soll es auch fernerhin bleiben.

Weißes Druckpapier aus Zeitungsmatullatur

Die ungeheure Ausdehnung des Buch- und Zeitungswesens ist seit langem eine große Gefahr für unseren Waldbestand. Täglich werden zur Herstellung von Zeitungspapier große Wälder abgeholzt, und seit Jahren dekt der Nachwuchs bei weitem nicht den täglichen Verbrauch. Es ist daher begreiflich, daß bereits seit Jahrzehnten Bemühungen im Gange sind, den Holzstoff der bedruckten Zeitungsmassen wieder neu zu benutzen; denn die Schonung der Wälder wäre ein großer Vorteil für die Volkswirtschaft aller Länder. Alle bisherigen Versuche führten aber nur zu einer halben Lösung. Das Altpapier wurde wieder zu einem Brei verarbeitet, wie es bei der Neuaufstellung aus Holzstoff üblich ist; aber die Drucker schwärze ließ sich durch kein Mittel vollständig entfernen, so daß von einer Neuaufwendung in der Drucker keine Rede sein konnte. Um so größer ist natürlich das Interesse, das man in Fachkreisen einer Nachricht aus Amerika entgegenbringt; danach ist es gelungen, durch ein verhältnismäßig einfaches Verfahren altes Zeitungspapier wieder vollständig druckreif zu machen. Die Versuche wurden bereits vor dem Kriege begonnen und sind kürzlich mit Erfolg zu Ende geführt worden, so daß das Altpapier wieder zur Papiermühle zurückwandert und bei der Neuaufbereitung durch entsprechende chemische Behandlung wiederum zu einwandfreiem Druckpapier hergestellt wird. Damit wäre nun der ersehnte Kreisprozeß erreicht: Das junge Papier wandert aus der Papierfabrik in die Drucker, von da in die Hand des Lesers, von diesem zum Müllkasten oder Althändler, und von da wieder zurück in die Papierfabrik, wo der Prozeß von neuem beginnt.

Ein Triumph des kapitalistischen Scharfmachertums.

Die in den letzten Jahren in juristischen wie Arbeiterbereiten lange und heftig umstrittene Frage, ob mit dem Art. 159 der Reichsverfassung die Aufhebung des § 152 der Gewerbeordnung herbeigeführt wurde, hat — wenigstens vorläufig — eine überraschende Lösung gefunden. Ueberraschend freilich nur für diejenigen, der die naive Auffassung vertritt, daß das moderne Arbeitsrecht und die aus ihm folgende Rechtsprechung bereits nach allen Seiten fest umgrenzt ist und es nur noch einer formalen Regelung bedarf, diese Abgrenzung jedermann erkennbar zu machen. Diese Auffassung entbehrt jedoch jeder Berechtigung. An Paragrafenzahlen fehlt es bei dem Arbeitsrecht wie auf anderen Rechtsgebieten nicht. Das hat aber nicht verhindert, daß noch immer breite Lücken Klassen und von einem einheitlichen, übersichtlichen, einwandfreien und befriedigenden Arbeitsrecht nicht geredet werden kann. Wann dieser Zustand beseitigt werden wird, das wissen nur die Götter.

Nach Art. 159 der Reichsverfassung ist die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, die diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig. Diese Vorschrift der Reichsverfassung deckt sich mit dem § 152 Abs. 1 der Gewerbeordnung, durch den alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Geheissen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere durch Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, aufgehoben wurden. Aus dieser HeberEinstimmung wurde gefolgert, daß § 152 Abs. 1 der Gewerbeordnung durch Art. 159 der Reichsverfassung insofern vorläufig gegenstandslos geworden sei, als er für die gewerblichen Zusammenschlüsse das freie Vereinigungsrecht festsetzt. Eine gesetzliche oder verfassungsmäßige Aufhebung des § 152 Abs. 1 der Gewerbeordnung ist aber nicht vorgenommen worden. Sein Hinsichtlichwerden war nur daraus zu schließen, daß Art. 159 der Reichsverfassung die Vereinigungsfreiheit auf alle Berufe ausdehnte und damit die bisher bestehenden Einschränkungen gegenstandslos werden mußten. Diese Auffassung wurde denn auch allgemein in der Rechtsprechung vertreten.

Zweifel dagegen ergaben sich über die Weitergeltung des zweiten Absatzes des § 152 der Gewerbeordnung, der den Teilnehmern an gewerblichen Vereinigungen den Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen einräumt und bestimmt, daß aus letzteren weder Klage noch Einrede zulässig ist. Ueberwiegend wurde aber die Ansicht vertreten, daß diese Vorschrift nach wie vor in vollem Umfange weiterbestehe. Nicht nur deshalb, weil sie der Bestimmung des § 159 der Reichsverfassung nicht widerspreche, sondern dieselbe verschärfe und das freie Austrittsrecht erst in Verbindung mit dem Rechtschuldausschluß den Mitgliedern die volle Freiheit gebe, sich jederzeit einer Vereinigung anzuschließen, die ihnen zusage. Hiernach entfiel eine verschiedene Rechtslage, je nach dem Charakter der Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Verabredungen und Vereinigungen gewerblich Tätiger zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere durch Einstellung der Arbeit und Entlassung der Arbeiter, wurden als unter § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung fallend betrachtet. Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die als Kampfvereinigungen auftreten, konnten so gegen ihre Mitglieder keinerlei Zwangsmassnahmen anwenden, insbesondere gegen sie nicht wegen etwaiger Zuwiderhandlungen oder Vertragsbrüche auf dem Klagewege vorgehen, soweit diese mit dem sachgemässigen Kampfwert in Verbindung standen. Alle anderen Vereinigungen dagegen, die rein wirtschaftliche, kulturelle oder ideelle Zwecke verfolgten, unterlagen dieser Einschränkung nicht.

Gegen diese auch von dem Reichsgericht in wiederholten Entscheidungen anerkannte Rechtsauffassung wurde von den Unternehmern in den letzten Jahren fortgesetzt angefochten. Die Gründe hierfür sind sehr naheliegend. Wenn es den Mitgliedern der Unternehmerverbände freistand, jederzeit, besonders aber

in Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe, bei Streits und Aussperrungen, ihren Austritt zu erklären, ferner es nicht möglich war, gegen solche Abtrünnige durch Beitreibung der für derartige Fälle festgesetzten Konventionalstrafen oder Bußen mit Erfolg flagrant vorzugehen, dann war es um die Kampffähigkeit der Unternehmervereinigungen einigermaßen schlecht bestellt. Das kapitalistische Unternehmertum ist durchaus individualistisch und kennt keine Solidarität. Sein Handeln wird allein von dem Profit bestimmt. Winkt dem einzelnen Unternehmer aus dem Anschluß an eine Unternehmervereinigung ein Vorteil, dann schließt er sich ihr an. Wird der Vorteil in Frage gestellt oder zeigt sich ihm nach der anderen Seite ein größerer Gewinn, dann kehrt er der Organisation sofort den Rücken oder arbeitet gegen sie. Von jeher — selbst unter der uneingeschränkten Herrschaft des verächtlichen § 153 der Gewerbeordnung — haben deshalb die Unternehmervereinigungen — Zwangsmassnahmen, oft sogar den schärffsten Terror, den rücksichtslosesten Koalitionszwang in Anwendung zu bringen versucht, um ihre Mitglieder bei der Stange zu halten, ihre Fahnenstucht zu verhindern. Und sie konnten es um so leichter, als Polizei, Staatsanwälte und Gerichte sich den von ihnen verübten Terrorakten gegenüber blind und taub stellten, mit um so größerer Schärfe dagegen den angebildeten Terrorismus der Arbeiter bekämpfen.

Der von dem Unternehmertum mit unverminderter Hartnäckigkeit und Zähigkeit geführte Kampf um den Koalitionszwang hat Erfolg gehabt. Das Reichsgericht hat seinen Widerstand aufgegeben und sich in einem in Heft 186 der Kartenauskunft des Arbeitsrechts veröffentlichten Urteil vom 2. Juli dieses Jahres zu dem seiner bisherigen Haltung entgegengesetzten Standpunkt bekehrt, daß § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung durch Art. 159 im Zusammenhang mit Art. 178 der Reichsverfassung aufgehoben sei und Vertragsstrafen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden gegen ihre Mitglieder ausgelagt werden können, soweit nicht ihre Festsetzung oder Enforcement gegen die guten Sitten verstoße. Der Sieg des Unternehmertums ist also ein vollständiger, es hat erreicht, was es wollte! Die aus § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches folgende Einschränkung ändert daran nichts, denn es dürfte sich kaum ein Gericht finden, das die für die Durchführung von Arbeiteraussperrungen von den Unternehmervereinigungen festgesetzten Vertragsstrafen als gegen die guten Sitten verstoßend erklärt. Daß dieses Urteil des Reichsgerichts eine ganz einseitige Begünstigung des Unternehmertums zum Nachteil der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften bedeutet, kann nach den für die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern bestehenden Verhältnissen keinem Zweifel unterliegen.

Die Folgen werden nicht ausbleiben. Das Unternehmertum wird nicht veräumen, von dem ihm durch das reichsgerichtliche Urteil in die Hand gegebenen Mittel des Koalitionszwangs den weitestgehenden Gebrauch zu machen. Besonders die kleinen und mittleren Unternehmer sind dadurch völlig den großen Scharfmachern ausgeliefert. Sie werden nicht nur zum Anschluß an die Unternehmerorganisationen gezwungen, sondern darin auch gegen ihren Willen festgehalten. Ein Abspringen während eines Streits oder einer Aussperrung ist für sie ausgeschlossen, gleichgültig, ob sie die Forderungen der Arbeitnehmer als berechtigt anerkennen oder einen längeren Kampf nicht auszuhalten vermögen. Die drohende Vertragsstrafe zwingt sie, sich allen vernünftigen Ermäßigungen entgegenzusetzen, wenn sie nicht zugrunde gerichtet werden, ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen wollen. Aber auch so bleiben sie schließlich vor dem Untergang nicht verschont, und dieser muß um so sicherer eintreten, als sich die wirtschaftlichen Kämpfe auf der durch das Urteil des Reichsgerichts geschaffenen Grundlage verschärfen und verlängern müssen. Das Reichsgericht hat deshalb mit der Verurteilung seines Standpunktes der deutschen Wirtschaft einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Die Folgen können nicht ausbleiben, und sie werden die Bedenken rechtfertigen, die gegen die vom Reichsgericht vertretene Auffassung sprechen.

J. Mattiat.

Trotz verschärfter Steuern — höhere Erträge.

Die neue Steuerreform sieht an Einnahmen aus dem ordentlichen Haushalt 6,4 Milliarden gegen 4,6 Milliarden nach der alten Regelung vor. Danach müssen an Steuern, Zöllen und Abgaben rund 1,8 Goldmilliarden für das Jahr mehr aufgebracht werden. Der Ausweis des Reichsfinanzministeriums über das Steueraufkommen im Monat Juli zeigt aber, daß die Steuern bei weitem mehr erbringen, als selbst die neue Steuerregelung vorsieht. Das bedeutet, daß die Steuerbelastung heute bei weitem größer ist, als der Vorschlag vorsieht. So sind im Monat Juli rund 713 Millionen Mark gegenüber 561 Millionen Mark im Monat Juni und 610 Millionen Mark im Monat Mai aufgetrieben.

Da nach dem Vorschlag für die ersten vier Monate des laufenden Steuerjahres 2116 Millionen entfallen mußten, 2539 Millionen aber aufgetrieben sind, ist der neue Vorschlag, selbst bei erhöhten Sätzen, um 420 Millionen übertraffen worden. Ein solches Ergebnis kann wohl den Finanzminister befriedigen. Für die Wirtschaft stellt aber die mehr aufgetragene Summe von fast einer halben Goldmilliarde eine schwere Belastung dar, die besonders von den arbeitenden Massen getragen werden muß. So sieht z. B. der alte Jahresvorschlag für die gesamten Einkommensteuern einen Ertrag von 1344 Millionen vor. Die neue Steuerregelung hat die Summe aber auf 1700 Millionen gesteigert. Nach diesem Vorschlag hätten die gesamten Einkommensteuern für die ersten vier Monate des laufenden Steuerjahres 460 Millionen Mark erbringen müssen. Eingekommen sind aber 885 Millionen Mark. Davon fallen allein 514 Millionen Mark auf den Lohnabzug. Rechnet man die Dinge bei der Umsatzsteuer. Hier würden für die ersten vier Monate des laufenden Steuerjahres 460 Millionen Mark erwartet, aufgetrieben sind aber 516 Millionen. Das ist eine harte Belastung der Verbraucherischen, die beweist, daß die vorgenommene Steuerregelung durchaus gegen die Arbeiterschaft und die Wirtschaftsanleitung vorgenommen worden ist.

Eine neue Tütenmaschine.

Wie wir dem „Wochenblatt für Pappe- und Papier-Verarbeitung“ entnehmen, bringt die Maschinenfabrik von Maul in Dresden eine neue Hilfsmaschine zum Falzen von Kreuz- und Klobbodenbeutel auf den Markt, die, wenn sie hält, was sie verspricht, in der Tüten- und Beutelindustrie wohl große Verbreitung finden dürfte.

Wie die genannte Firma dazu schreibt, haben die zahlreichen Nachfragen nach einer einfachen Maschine zur Herstellung von Kreuzbodenbeuteln, die heute noch in sehr großen Mengen durch Falzen mit der Hand erzeugt werden, veranlaßt, eine einfache Hilfsmaschine zu konstruieren, die in Fachkreisen mit regstem Interesse aufgenommen wurde. Auf der Maschine werden geklebte Schläuche verarbeitet, und leistet dieselbe etwa das Dreifache, als man bisher durch Handarbeit erreichte.

Die Hersteller von Kreuzbodenbeuteln, die bisher nur Handarbeit erzeugten, stellen nunmehr dieses Modell infolge des großen Vorteils in Serien auf. Denjenigen Erzeugern, die bereits mit schweren automatischen Maschinen für Kraftbetrieb arbeiten, soll das Modell insbesondere zur Herstellung kleinerer Auflagen dienen, für die sich die langwierige Umstellung der automatischen Maschine nicht lohnt. Die Beutel fallen auf der Maschine gleichmäßig aus, und zwar unabhängig von der Geschwindigkeit der Arbeiterin. Dies ist ganz besonders von Vorteil bei bedruckten Beuteln und solchen, die später auf Maschinen gefüllt werden. In normaler Ausführung können auf der Maschine alle Beutel aus jeglichen Papierarten, gefüllt und ungefüllt, von den kleinsten Größen bis zu solchen von 10 Pfund hergestellt werden. Auch Beutel mit Seitenfalte, sogenannte Klobbodenbeutel (auch Musterbeutel) können auf der Maschine gefalzt werden. Das Umstellen auf andere Beutelgrößen, d. h. das Auswechseln der Oberstempel und Werkzeuge der Anschläge, erfordert nur wenige Sekunden Zeit.

Berke vorzulesen, ließe sich bei gutem Willen verwirklichen. Viel zu wenig auch wird das Buch als Geschenk, Prämien- oder Jubiläumsgabe gewürdigt.

Die starke Fluktuation in den Gewerkschaften drängt zu der Frage: Wie können wir die Mitglieder geistig fesseln, damit sie die Bewegung verstehen lernen? Nicht nur durch Massenfaktionen, nicht durch Lohnbewegungen und Streiks, nicht durch zwangsweise Beitreibung der Beiträge, nicht durch Unterstufungseinrichtungen allein erzielen wir sie, sondern dadurch, daß wir sie in unsere Literatur einführen, sie mit dem Hirn an uns fesseln, nicht nur mit dem Gefühl.

Es gibt also keinen Ausweg, wir müssen versuchen, hier Breche zu legen. Du, der du diese Zeilen liest, prüfe nach, ob nicht auch du mehr gute Bücher kaufen kannst. Jeden Monat ein Buch, ergibt in einigen Jahren eine stattliche Reihe schöner Bände, die du lieb gewinnst, die dich hinaufheben in eine lichtere Sphäre; vor allem aber, die dich fester verbinden mit deiner Lebensaufgabe.

Neue Bücher aus der Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Jahrbuch 1924 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 226 Seiten. Verlag: Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. Preis geb. 5,20 Mk., kart. 4,20 Mk.

Zum dritten Male erscheint das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in dem der Bundesvorstand über seine Tätigkeit berichtet. Entsprechend der Bedeutung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft bieten diese Jahrbücher stets ein Stück deutscher Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Die Politik der Gewerkschaften läßt sich nur verstehen aus der Lage der deutschen Wirtschaft, ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft und im Zusammenhang mit den schweren Eingriffen in ihre Autonomie, denen gerade die deutsche Wirtschaft durch den Krieg und seit dem Abschluß des Versailler Vertrages ausgesetzt ist. Die ersten Kapitel des Jahrbuches geben dementsprechend einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, über das Sachverständigengutachten, über Handelspolitik und Handelsverträge, über die politische Vertretung der Gewerkschaftsinteressen, die Auswirkungen des Ruhrkampfes und die Teuerung.

Nach diesen einleitenden Kapiteln, in denen die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Zentralproblemen der deutschen Außenpolitik und den gegebenen weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten gekennzeichnet wird, wendet sich der Bericht den besonderen sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu, deren Lösung von den inneren Machtverhältnissen der deutschen Wirtschaft und des staatlichen Lebens in erster Linie bedingt ist.

Das Jahr 1924 ist ein Schicksalsjahr für die deutsche Gewerkschaftsbewegung. An seinem Beginn glauben die Gegner einer auf die positive Mitarbeit der Gewerkschaften gegründeten Sozial- und Wirtschaftspolitik, daß die Rolle der Gewerkschaften als Machtfaktor des sozialen und wirtschaftlichen Lebens ausgepielt sei. Aber schon nach dem gewaltigen Kampf, den sie mit den Bergarbeitern im Frühjahr des Jahres im Vertrauen auf ihre überlegene Macht begannen, mußten sie erkennen, daß der Wille zur sozialen Selbsthilfe trotz der finanziellen Erschöpfung der Organisationen und der damit notwendig verknüpften vorübergehenden Lahmlegung ihrer Kampfkraft in der deutschen Arbeiterklasse keineswegs erloschen war. Die rückläufige Mitgliederbewegung, die im Herbst 1922 begonnen hatte und in der Periode schwerster Arbeitslosigkeit nach Abbruch des Ruhrkampfes zu einem Verlust von nahezu 1,3 Millionen Mitgliedern innerhalb eines Quartals führte, hat zwar auch im Berichtsjahr angehalten, aber die Verluste nahmen von Vierteljahr zu Vierteljahr an Bedeutung ab. Das neue Jahr leitete den Umschwung ein. Im ersten Vierteljahr 1925 zeigte die Mitgliederbewegung wieder eine aufsteigende Richtung. Daß der während des Jahres 1924 noch anhaltende Mitgliederrückgang den Kampfeswillen und die Kampfkraft der Gewerkschaften nicht beeinträchtigte, davon legen insbesondere die Kapitel des Jahrbuches „Lohnpolitik“, „Reichswirtschaftsrat und Sozialpolitik“, „Der Kampf um den Achtstundentag“ bereites Zeugnis ab. Sie sind mit genauen Statistiken über die Entwicklung der deutschen Löhne im Vergleich mit den im Ausland gezahlten Löhnen wie mit den Lebenshaltungskosten und bedeutsamen Erhebungen darüber ausgestattet, in welchem Umfang es gelungen ist, den Achtstundentag zu halten oder zurückzuerobern.

Die Kapitel „Arbeitsmarkt und Arbeitslosen-schutz“, „Der Arbeitsnachweis“, „Schlichtungsstellen“, „Tarifvertragswesen“ und „Betriebsräte“ schildern den Kampf um die soziale Demokratie und die Bemühungen, die Anlässe zur Demokratisierung der Wirtschaft wie zur weltwirtschaftlichen Selbstverwaltung allen Widerständen zum Trotz weiterzuentwickeln.

Eine Reihe von Kapiteln, denen gleichfalls umfangreiche Statistiken beigelegt sind, beschäftigen sich mit der Entwicklung der Verbände, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengefaßt sind.

Die Frage der gewerkschaftlichen Organisationsform wird sowohl national wie international in mehreren Kapiteln nach verschiedenen Seiten hin eingehend gewürdigt.

Endlich bringt das Jahrbuch eine Uebersicht über die Fortschritte im gewerkschaftlichen Bildungswesen, dessen planmäßiger Ausbau eine der Quellen sein wird, aus denen der Gewerkschaftsbewegung neue Kräfte für ihre erweiterten Aufgaben zufließen.

Das Jahrbuch des ADGB ist, seiner ganzen Anlage nach, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für jeden, der sich über den Stand der sozialen Probleme in dem in vieler Hinsicht so entscheidungsreichen Jahre 1924 unterrichten will. Es wäre zu wünschen, daß es durch seine sachliche Darstellung auch dazu beiträgt, den Zielzweilen, die über Ziel und Wesen der Arbeiterbewegung sich nur aus generischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen zu unterrichten gewohnt sind, die geistige Welt der Gewerkschaftsbewegung zu erschließen.

Angestelltenbewegung 1921 bis 1925. Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Sozialpolitik und Gewerkschaftsentwicklung aus bewegten Jahren. 530 Seiten. Verlag: J. H. W. Dieß Nachf., Berlin. Preis: Leinenband 8 Mk.

Das größte Werk über die Angestelltenbewegung im besonderen und die Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit im ganzen ist erschienen. Das mit zahlreichen Illustrationen versehene Buch ist für jeden in der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung Tätigen eine wahre Fundgrube wertvollen Materials für die geistige Forderung wie für die Propaganda gemeinwirtschaftlicher, sozialer und sozialistischer Gedanken.

Die Abschnitte über die deutsche Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte der Nachkriegsjahre zeigen zum ersten Male in einer systematischen Zusammenstellung das gewaltige Maß der in der deutschen Gewerkschaftsbewegung in den schweren Krisen- und Inflationsjahren geleisteten Arbeit. Man sieht, wie Tag um Tag und Stunde um Stunde Dämme aufgerichtet werden mußten, um die werttätige Bevölkerung in dieser Zeit vor dem völligen Versinken zu schützen. Es gibt keine sozialpolitische Frage und kein Gewerkschaftsproblem, das nicht eingehende Behandlung erfährt. Dazu werden zahlreiche Dokumente aus dieser wichtigen nachkriegszeitlichen Geschichtsperiode wiedergegeben und festgehalten. Das Buch gibt auch Aufschluß über die innerorganisatorischen Vorgänge in den deutschen Gewerkschaften, über die Verbindung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihre Beziehungen zu den politischen Parteien und die Zusammenhänge der Gewerkschaften mit der großen republikanischen Bewegung.

Dieses Werk, an dessen Zustandekommen eine Reihe sachkundiger Gewerkschaftsführer und Wissenschaftler mitgewirkt hat, füllt eine Lücke aus, die in der Literatur der deutschen Gewerkschaften über die historische Entwicklung in der Nachkriegszeit bisher bestanden hat. Es führt aber auch ein in die Psyche der Angestellten, Beamten und Kopsarbeiter, um die Voraussetzungen zu zeigen, die für ein besonders inniges Vertrauensverhältnis der geistigen und manuellen Arbeiter erfüllt werden müssen, um den Gedanken einer allgemeinen Arbeitnehmerolidarität zu verwirklichen. Die Anschaffung dieses, für die kommende Zeit unentbehrlichen Nachschlagewerkes kann jedem Gewerkschaftsgenossen nur dringend empfohlen werden. Vereinsausgabe für Gewerkschaftsmitglieder 3,90 Mk., in Leinen gebunden, zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle des ADGB-Bundes, Berlin NW. 40, Werffstr. 7.

Sozialpolitische Schriften.

Das Problem des Achtstundentags. Von Albert Kranold. 150 Seiten und große Uebersichtstafel in Dreifarbenbrud. Verlag: Gewerkschaftsarchiv, Jena. Ladenpreis: broschiert 3,60 Mk., in Halbleinen geb. 4,80 Mk. Für Gewerkschaftsarchivbezieher halber Preis.

Das Werk ist eine scharfe Waffe im Kampf um den Achtstundentag. Es enthält grundsätzliche Betrachtungen über die Problemstellung und erörtert nach dem Achtstundentag. Die Unterscheidung zwischen Maximalarbeitstag und Normalarbeitstag und das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung werden sachlich dargestellt und aus allen die sozialpolitischen Schlussfolgerungen gezogen. Das Buch gehört zu den besten und tiefgründigsten, die bisher über die Frage des Achtstundentages erschienen sind. Es ist eine gute Waffe, die der Rechtfertigung und Verteidigung des Achtstundentages dient. X.

Sozialistische Schriften.

Cassalles Weg zum Sozialismus. Von Prof. Dr. Mayer. Verlag: J. H. W. Dieß, Berlin.

Unter diesem Titel ist die Festsrede im Druck erschienen, die Prof. Mayer zum 100. Geburtstag Cassalles in der Geburtsstadt des großen Volks-tribunen gehalten hat. In knappen Zügen und schöngeformter Sprache entwirft der verdienstvolle Herausgeber von Cassalles nachgelassenen Briefen und Schriften ein anschauliches, klugvolles Bild von dem Weg, der den jungen Handelschüler, neugeboren aus dem Geiste Hegelscher Philosophie, zum Sozialismus führte. Wir möchten nachdrücklich auf die Stellen verweisen, an denen von Cassalle gesagt wird, er habe immer wiederholt, daß Befreiung und Aufstieg nur das Werk der Arbeiterklasse sein könne, daß aber für dieses hohe Ziel zu wirken nur fähig und würdig sei, wer an sich selbst die höchsten Anforderungen stelle. Und würdig schließt der Verfasser, wenn er sagt, wir können Cassalle nicht besser ehren, als indem wir uns geloben, im Geiste seines hohen Idealismus, jeder an seiner Stelle, dafür zu arbeiten, daß die deutsche Arbeiterklasse streng und anspruchsvoll über die Reinheit ihrer Gefinnungen und die Tadellosigkeit ihrer Handlungen wacht. X.

„Marxismus und Naturwissenschaft“. Gedentschrift zu Engels' Todestag am 5. August 1925. Mit Beiträgen von Friedrich Adler, Friedrich Engels und Dr. Gustav Cohn. Eingeleitet und herausgegeben von Otto Jenßen. Großoktav, 180 Seiten, mit einem Porträt. Preis: kart. 3,75 Mk., Leinenband 4,50 Mk. Verlag: E. Laubische Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 30.

Unter dem Sammeltitel „Marxismus und Naturwissenschaft“ erschien in der E. Laubische Verlagsbuchhandlung eine Gedentschrift zum 30. Todestage Friedrich Engels'. Der stattliche Band in Großoktav umfaßt 180 Seiten, ist auf bestem Papier gedruckt und mit einem Porträt Engels' geschmückt. Ein Fremdwortregister erleichtert sein Verständnis.

Das Buch führt den revolutionären Einfluß der von Marx und Engels festgelegten Methode historisch-materialistischer Forschung auch auf dem Gebiete der Naturwissenschaften (Technik, Chemie, Physik, Anthropologie usw.), zumal im letzten Vierteljahrhundert, überraschend erkennen, und die kommende Umgestaltung, besonders der technischen Grundlagen der Gesellschaft, ahnen, die aus dem endgültigen Siege der Prinzipien Marx-Engels'scher Forschungsweise resultieren muß.

Friedrich Engels kommt mit seinen zuerst in der „Neuen Zeit“ erschienenen Aufsätzen „Der Anteil der Arbeit an der Menschenwerdung der Affen“ und „Ueber historischen Materialismus“ zu Wort. Von Dr. Cohn sind aufgenommen die prachtvollen Untersuchungen „Der Kampf ums Dasein“ und „Zur Methode der politischen Ökonomie“, während Friedrich Adler über „Friedrich Engels und die Naturwissenschaft“ schreibt. Der Herausgeber schrieb eine zusammenfassende Einleitung und gab jedem Beitrag eine charakterisierende Vorbemerkung voraus. Das Werk ergibt so einen Uebersicht über die naturwissenschaftlichen Leistungen des wissenschaftlichen Sozialismus. Jung- und Altsozialisten, jedem nach naturwissenschaftlicher Erkenntnis Strebenden, wird es eine Fundgrube überraschender Einsichten sein und sie mit berechtigtem Stolz auf die das Gesamtgebiet menschlichen Wissens umfassende Geschlossenheit sozialistischer Weltanschauung erfüllen.

Um den Gewerkschaftsmitgliedern die Anschaffung zu ermöglichen, geben die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, und der Zentralvertrieb zeitgeschichtlicher Bücher, Berlin W. 30, eine ungefügte Sonderausgabe heraus, die nur 2,50 Mk. kostet. In den Ortsausgaben und Zahlstellen der Gewerkschaften zirkulieren Subskriptionslisten auf diese billige, gleichfalls gut ausgestattete und farbierte Sonderausgabe, auf denen die Mitglieder ihre Bestellungen machen können. Auch durch die Parteilbuchhandlungen am Orte kann die billige Ausgabe bezogen werden. X.

Internationales.

Dänemark. Die Verbandszeitung vom 10. August polemisiert unter der Überschrift: „Buchbinderzeitung und Heimarbeit“ gegen das Unternehmerorgan. Der Kernpunkt der Auseinandersetzungen besteht darin, daß das Unternehmerorgan zwar zugeben muß, daß die „Heimarbeit abgeschafft werden soll und wird“, wie in der Gehilfenzeitung berichtet worden ist, nur solle die Abschaffung nicht in so brutaler Form geschehen, wie sie von seiten der Gehilfen gefordert wird.

Norwegen. Der norwegische Verband, der Ende Juli auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte, hat in den Tagen vom 27. bis 30. Juli seinen 10. ordentlichen Verbandstag abgehalten, der von 21 Delegierten als Vertreter von 12 Zweigvereinen besetzt war. Dem Rechenschaftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband Ende 1924 rund 1300 Mitglieder zählte, gegen 1170 Anfang 1922. Die Stellungnahme gegenüber den politischen Parteien nahm zwar längere Zeit in Anspruch, jedoch ist aus dem bisher erschienenen Bericht noch nicht ersichtlich, zu welchen Beschlüssen der Verbandstag gelangt ist. Dagegen wird berichtet, daß die jetzige Organisationsform beibehalten wird, d. h. also, daß auch das Kartellverhältnis mit dem graphischen Verband bestehen bleibt und mehr ausgebaut werden soll. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Schweden. Die schwedische Zeitung berichtet in der Hauptsache über eine Konferenz der drei skandinavischen Länder, die unmittelbar vor dem Verbandstag des norwegischen Verbandes unter Teilnahme des internationalen Sekretärs in Oslo stattfand. Die Beratungen galten hauptsächlich einem engeren Zusammenarbeiten der drei skandinavischen Länder und haben in voller Uebereinstimmung der Beteiligten zu entsprechenden Beschlüssen geführt.

Der schlesische Gautag.

Der Gau Schlesien hielt am 23. August seinen ordentlichen Gautag in Hirschberg ab. Am Abend zuvor fand eine kurze Vorbereitungsversammlung statt, die die geschäftlichen Formalitäten erledigte. Am Morgen wurde der Abend reichlich in Anspruch genommen, durch den von der rührigen Hirschberger Ortsverwaltung zu Ehren der Delegierten veranstalteten Empfangsommers, der allen Teilnehmern sicherlich in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Am Sonntag morgen eröffnete Kollege Brucks den Gautag pünktlich zur festgesetzten Stunde mit Begrüßungsworten an die Delegierten und Gäste. Erschienen waren 14 von den 15 gewählten Delegierten, die die Zahlstellen Breslau, Brieg, Bunzlau, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Hirschberg, Lauban, Liegnitz und Striegau, sowie die Einzelmitglieder in Grünberg und der Provinz Niederschlesien vertraten. Der Gauvorstand war mit vier seiner Mitglieder zur Stelle. Die graphischen Verbände hatten alle ihre Gauvorsteher zu der Tagung entsandt.

In das Bureau wurden die Kollegen Hölzel und Brucks als Vorsitzende, Henze und Herzog als Schriftführer und Kollege Nippert als Führer der Rednerliste gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Brucks einen kurzen geschäftlichen Rückblick auf das 40jährige Bestehen des Verbandes. Stets war er der Kollegenchaft ein Führer, Helfer und Schützer gewesen. Seine Aufgaben vermochte er am besten zu erfüllen und seine Ziele zu verwirklichen, je größer die Zahl der Berufsangehörigen war, die ihm als Mitglieder angehörten. Schließlich gedachte Kollege Brucks noch der in den letzten drei Jahren verstorbenen Verbandsmitglieder, insbesondere der Kollegen Rag Wurms, Glogau, und Paul Herbst, Görlitz, die zu den Begründern der genannten Zahlstellen zählten. Der Gautag ehrte das Andenken der Verstorbenen, indem er den Nachruf stehend anhörte.

In mehr als dreistündiger Rede erstattete alsdann Kollege Brucks den Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes und über sein Wirken als Mitglied des Tarifausschusses. Er ließ alle die wichtigsten Ereignisse der letzten drei Jahre Revue passieren und gab dabei eine anschauliche Uebersicht über die gegenwärtige Situation auf tarifarischen Gebieten in allen unseren Industriezweigen. Die Auf- und Abwärtsbewegung in der Mitgliederzahl war aus einer dem Gautag vorgelegten vervielfältigten Tabelle für alle Orte des Gaues ersichtlich. Auch der Kassenbericht gab vervielfältigt vor. Zu beiden gab der Redner noch beachtliche Erklärungen.

Nach längerer Diskussion gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, durch die der Gautag seiner Befriedigung über die Tätigkeit des Gauvorstandes Ausdruck gab und demselben das Vertrauen aussprach.

Alsdann gab Kollege Klar einen gedrängten Bericht von den Verhandlungen des Verbandstages und erläuterte seine Beschlüsse. Dem Bericht war zu entnehmen, daß die Beitragshöhe und den Ausbau des Unterstützungswezens den Erwartungen der schlesischen Kollegenchaft nicht entsprechen. Kollege Hölzel ergänzte noch den Bericht und hob hervor, daß die Mehrheit des Verbandstages die besonderen Interessen der weiblichen Mitglieder nicht berücksichtigt. Scharf kritisierte er auch die auf dem Verbandstag gehandhabte Geschäftsführung, der es zuzuschreiben sei, daß eine ganze Reihe von Anträgen der schlesischen Kollegenchaft gar nicht erst zur Verhandlung gelangte.

Der Gautag setzte hierauf die Beiträge für den ganzen Gau einheitlich wie folgt fest: Für die 1. Beitragsklasse 35 Pf., für die 2. Klasse 65 Pf., für die 3. Klasse 90 Pf., für die 4. Klasse 1,25 Mk. und für die 5. Klasse 1,70 Mk. pro Woche. Von den die Verbandsbeiträge übersteigenden Beträgen erhalten die Zahlstellen die Hälfte, die andere Hälfte fließt der Gaukasse zu. Die Gaukasse hat von ihrer Einnahme hauptsächlich die zentralen Unterstützungen bei Streiks und Mahrforderungen zu erhöhen. Von der bisherigen Unterstützungsleistung an arbeitslose, frante und invalide Mitglieder wurde die Gaukasse entbunden. Den Zahlstellen bleibt es überlassen, mit ihren lokalen Mitteln hier ausgleichend nach Maßgabe ihres Könnens einzugreifen. Jedoch dürfen besondere Vorkämpferbeiträge deshalb zu den oben festgesetzten Beiträgen nicht mehr erhoben werden.

Nachdem der Gautag einige formale Änderungen des Gaustatuts beschlossen und einige andere Anträge erledigt hatte, nahm Kollege Nippert, Breslau, das Wort zur Frage der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. Seine Ausführungen, die darin gipfelten, daß in allen Zahlstellen Jugendabteilungen errichtet werden sollen, die berufen sein sollen, die jungen Berufsangehörigen durch entsprechende Veranstaltungen zu geistigen Gewerkschaftern zu erziehen, stimmte der Gautag durch Annahme eines entsprechenden Antrages zu.

Für die in den nächsten Tagen vorzunehmende Wahl der Angestellten brachte der Gautag die bisherigen Angestellten wieder in Vorschlag, und für die Belegung im Tarifausschuß gleichfalls wieder den Kollegen Brucks. Für die Wahl zum Verbandsbeirat wurde Kollege Hölzel in Hirschberg in Vorschlag gebracht, nachdem in der vorausgegangenen Debatte die Vertreter der Provinzorte der Ansicht Ausdruck gegeben hatten, daß die Vorortzahlstelle auch einmal der Provinz das Recht einräumen sollte, den Gau im Verbandsbeirat zu vertreten.

Die Festsetzung des nächsten Tagungsortes des Gautages wurde dem Gauvorstand überlassen. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Kollege Brucks schloß den Gautag mit Dankesworten an die Delegierten und Gäste, für die pflichterfüllte Arbeit, die sie geleistet haben. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß die gefassten Beschlüsse dem Verbands förderlich sein und der Kollegenchaft ganz Schlesiens zum Wohle gereichen mögen.

Wilhelm Henze.

Gautag des Gaues Württemberg und Baden.

Der Gauvorstand hatte auf den 22. und 23. August dieses Jahres den Gautag nach Karlsruhe einberufen. Die Zahlstellen und Einzelmitglieder hatten 27 Delegierte entsandt, außerdem hatten die graphischen Verbände je einen Vertreter delegiert. Nach der Begrüßung durch den Kollegen Wesner wurde ein Schreiben des Kollegen Hemminger vorgelesen, in dem dieser bedauerte, durch Krankheit verhindert zu sein, an der Tagung teilzunehmen. Nachdem der Kollege B o g e l - Karlsruhe namens der Zahlstelle den Betreibern ein Willkommen genidmet hatte und die Betreiter der verwandten Verbände durch den Kollegen Werner-Stuttgart, Gauleiter des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter, und Lins-Stuttgart von der Gauleitung der Steinbruder und Lithographen dem Gautag die Grüße ihrer Organisation übermittelte hatten, wurde das Bureau gewählt. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Dürr-Lehr und Vogel-Karlsruhe, zu Schriftführern die Kollegen Koch und Büttner, Stuttgart, und zum Führer der Rednerliste Hofmann-Heilbronn bestimmt. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zunächst erstattete Kollege W e s n e r den Geschäftsbericht. Aus diesem ist zu entnehmen, daß in unserem Gau es ähnlich gegangen ist wie in allen Arbeiterorganisationen der letzten Jahrzehnte. Ein langames,

stetiges Heranwachsen bis zum Krieg bis zu einer Mitgliederzahl von 2500, ein Daniederliegen während des Krieges, ein pilgertätiges Emporschießen nach dem Krieg bis zu 9000 Mitgliedern und ein Abstauen in und nach der Inflationszeit auf einen Stand von gegenwärtig rund 6000 Mitgliedern. Der Berichtserfasser richtet einen energischen Appell an alle Zahlstellenleitungen, in ihren Orten eine rührige und gewissenhafte Arbeit zu vollbringen, damit man auf dem nächsten Gautag einen weiteren Fortschritt verzeichnen kann. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde in die Diskussion eingetreten, in der als erster der Kollege D r e h w a l d betonte, daß man über die Arbeiten des Gauvorstandes in der letzten Periode nicht viel kritisieren solle. Die Hauptsache sei jetzt, die Augen auf die Zukunft zu richten und unermüdbar reslos an dem Aufbau des Verbandes zu arbeiten. Unter die Bergangenheit einen tiefen Strich gemacht und vorwärts in die Zukunft! Kollege D ö b b e l i n g besprach die Organisationsverhältnisse einzelner Teile im Gau und kommt insbesondere auf den Troffingerbezirk zu sprechen. Die Ausführungen klangen dahin aus, daß, wenn im dortigen Bezirk unter Einfluß des südlichen Gebiets von Württemberg und des Bodenseegebiets unser Verband vorwärts kommen will, eine unabhängige Kraft hingestellt werden muß. Er begründet einen dahingehenden Antrag an den Verbandsvorstand, der von den Delegierten dieser Gebiete lebhaft unterstützt wurde.

Die nächstfolgenden Redner Kleinknecht, Strohm, Münch, Sellmer, Rittinger und Bachmann gingen insbesondere auf diesen Antrag lebhaft ein, wobei die Stationierung eines solchen Angestellten verächtlich beurteilt wurde. Zum Schluß aber wurde Troffingen als der gegebene Standort aus dem Streit der Meinungen herausgegriffen. Kollege B i h l erstattete dann den Revisionsbericht und beantragte, dem Kassierer und dem Gauvorstand Entlastung zu erteilen. Nach den Schlussbemerkungen des Gauvorstandes wurden die Anträge Döbbling und der Antrag der Revisoren einstimmig angenommen.

Hierauf erstattete der Kollege D ö b b e l i n g den Bericht vom Verbandstag in Hamburg. Er behandelte den ganzen Stoff des Verbandstages in 1/2stündiger Ausführung und zog daraus die Schlussfolgerung, daß die Kollegenchaft, insbesondere die Funktionäre, ihre ganze Kraft der Organisation zur Verfügung stellen müssen, damit die Beschlüsse des Verbandstages auch zum Nutzen der Organisation in die Tat umgesetzt werden. In der Diskussion wurden von Bachmann-Freiburg, Sellmer-Stuttgart, Kleinknecht-Heilbronn, Rittinger-Keuldingen verschiedene Beschlüsse des Verbandstages besprochen und kritisiert, über die dann Drehwald und Döbbling Aufklärung gaben, so daß diese Ansätze behoben waren. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Der Gautag des Gaues Württemberg-Baden billigt die Beschlüsse des Verbandstages voll und ganz und macht es allen Ortsverwaltungen, Gautagsdelegierten und Funktionären zur höchsten Pflicht, für die restlose Durchführung dieser Beschlüsse einzutreten.“

Damit war es 9 Uhr abends geworden, und der Gautag vertagte sich auf Sonntag früh 8 Uhr.

(Schluß folgt.)

Berichte.

Hagen i. W. In einer am 29. August stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Groenhoff-Eberfeld über die Arbeiten des Hamburger Verbandstages. In einem sehr interessanten Vortrag verstand es der Redner, die Mitglieder zu fesseln und durch eingehende Schilderung der erledigten Arbeiten den Bericht in der „Buchbinder-Zeitung“ zu ergänzen. Zum ersten Male seit langer Zeit hat der Verbandstag rein gewerkschaftliche Arbeit geleistet, obgleich Anlässe einer unerfreulichen Debatte vorhanden waren, konnten diese Klippen glatt umschifft werden. Der reiche Beifall der Kollegen zeugte auch von dem Einverständnis mit den Arbeiten des Verbandstages. In der Diskussion bedauerte man nur, daß der Verbandstag bei der Festsetzung der Beiträge nicht die wirtschaftliche Lage mehr berücksichtigt hat, so daß man befürchten muß, in absehbarer Zeit wiederum zu einer Erhöhung der Beiträge zu schreiben. Auch eine Verminderung der Beitragsklassen muß einmal eintreten, wenn alle dem Verband schädigende Nachteile verschwinden sollen. Zu dieser Erkenntnis muß man sich durchzuringen versuchen, auch dann, wenn sich noch scheinbar Widerstände befinden, die aber beseitigt werden können.

Anschließend hielten wir nun den Hagen Kollegen noch einmal ans Herz legen, sich am Versammlungsleben mehr zu beteiligen. Die Zeiten sind zu ernst, um in fast erschöpfender Leisgare daran vorbeizugehen. Es ist schon fottel und so oft davon geschrieben und gesprochen worden, daß die Interessentlosigkeit die gewerkschaftliche Arbeit tötet und sich notgedrungen auf die wirtschaftliche Lage der Mitglieder auswirkt. Wollt ihr es verhindern,

